

Um das Schulgesetz.

• Berlin. (Telephon.) Gegenüber Blättermeldungen, daß die Verhandlungen über den § 20 des Reichsschulgesetzes gescheitert seien, teilt die Germania mit, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben hätten und trotz der Erkrankung des Reichsanwalters dennoch die Versuche fortgesetzt würden, zu einer einigenden Formel zu gelangen. Sei es auch durchaus nicht sicher, daß eine Einigung gefunden werden könne — wenigstens nach dem Stand der Dinge wie er gegenwärtig zu verzeichnen sei — so sei doch zu hoffen, daß die bessere Einsicht siege. Es sei ernsthaft zu bedenken, daß doch nicht nur das Zentrum berechtigten Anstoß am Antrag der Deutschen Volkspartei nehme und als intolerant und verfassungswidrig ablehne; auch die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei ständen auf dem Standpunkt, dieser Umstand vermöge sehr deutlich zu bewellen, um welche politischen Schlussfolgerungen es bei einer Frage gehe, die weder auf den St. Nimmerleinstag verschoben noch dilatorisch behandelt noch etwa nicht ernst genommen werden könne.

Landesverein Sachsen im Reichsbund des Textil-Einzelhandels.

• Dresden. Der Landesverein Sachsen im Reichsbund des Textil-Einzelhandels hielt dieser Tage unter Vorsitz des Handelsgerichtsrats G. Heinrich, Dresden, eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes, der Vorsitzenden der Ortsgruppen und der Vertrauensmänner im Palais Hotel „Weber“ ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende gedachte bei der Begrüßung in warmen, herzlichen Worten des am 10. Januar verstorbenen Vorstandsvorsitzenden, Handelsgerichtsrats Rich. Max Hecht, Dresden, dessen ganze Arbeit und Mühe gerade dem Reichsbund des Textil-Einzelhandels und insbesondere dem Landesverein Sachsen gewidmet war. Der geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Prof. Dr. Kallner-Dresden, sprach über das Thema: „Kaufkraft und Anblick“. Er betonte vor allem den großen Wert der Arbeit des Kaufmanns für wirtschaftliche Verwaltung im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit auf dem Gebiet der Rationalisierung des Warenhandels. Der Ausschuss behandelte das Problem nach den Fragen: Kosten und Ausschlag im Warenhandel, die Nutzung der menschlichen Kräfte im Handel, die Kapitalausnutzung und die Einflüsse der Konjunkturschwankungen auf den Warenhandel. Zu den einzelnen Fragen ist kurz zu bemerken: Der Einzelhandel hängt von der Preisbewegung seiner Vorlieferanten ab, auf die er keinen Einfluß hat. Eine große Rolle spielen hier auch die Lieferungsbedingungen. Bei der Frage der Ausnutzung der menschlichen Kräfte im Handel sei vor allem die rationelle Kundenbedienung von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir lebten gegenwärtig in einer „verborgten“ und einer „Rengen“-Konjunktur. Der an sich vergrößerte Umsatz prägte sich nicht in den Preisen und ebenso nicht in den Einnahmen aus. Auch die Kapitalbildung des Einzelhandels habe sich durch diese Konjunktur keinesfalls verbessert. Der Einzelhandel dürfe jetzt nicht die Hände in den Schoß legen. Die Konflikte in den eigenen Reihen seien auszusöhnen, um mit geschlossenem Front den Kampf führen zu können für die Gewinnung des Kunden, um ihm zu zeigen, daß der Einzelhandel vom größten bis zum kleinsten der für ihn gegebene Verleger sei. Rationelle und sparsame Verwaltung im Innern sei nötig. Jede Erhöhung der Steuern hemme naturgemäß die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit. Die Fragen von Kosten und Ausschlag im Warenhandel seien Lebensfragen des Einzelhandels, Kernfragen der Wirtschaft. Engster Zusammenschluß sei nötig, um die Aufgaben der Gegenwart zu erfüllen. Im Anschluß an den Vortrag berichtete Dr. Stedhan über die Maßnahmen des Landesvereins Sachsen und der sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft gegen die in letzter Zeit mehrfach auftretenden Großhändler. Prof. Dr. Kallner berichtete über die geplante Änderung der Gewerbeordnung, der alleits zugestimmt wurde. Eingehend erörtert wurde die Frage der Berechnung der Verkaufspreisen seitens der Fabrikanten. Ferner besprach man die statistischen Erhebungen des Reichsb. d. Textil-Einzelhandels, die Frage der Rabatte an Einzelhändler. Ueber die neuen Bestimmungen bezüglich der Bewertung des Warenlagers berichtete Dr. Stedhan.

Der Streit bei den Deutschen Werken beendet.

• Kiel. In einer gestern nachmittag abgehaltenen Versammlung der freilebenden Werkmeister der Meier Werke der Deutschen Werke erstattete Oberpräsident Körbis über die Hamburger Verhandlungen Bericht. Im Anschluß hieran wurde eine Abstimmung vorgenommen, bei der sich 184 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit und 40 für die Weiterführung des Streiks erklärten. Der Deutsche Werkmeisterverband teilte hierauf der Werkleitung mit, daß die Werkmeister die Arbeit heute mit Arbeitsbeginn in vollem Umfang wieder aufnehmen würden. Auf Grund dieser Mitteilung hat die Werkleitung ihrerseits die ausgesprochenen Abdingungen zurückgezogen. Wie aus den Hamburger Verhandlungen nachträglich bekannt wird, hat sich die Werkleitung bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen vor dem Schlichter beschleunigt werden. Die Verhandlungen dürften eine Erhöhung der Gehälter der Werkmeister zur Folge haben.

Kabinettsrat in Berlin.

• Berlin. (Telephon.) Das Reichskabinet ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zu dem angekündigten Kabinettsrat zusammengetreten, der sich mit der Hilfe für Österreich beschäftigte. An der Sitzung nahmen außer den Ministern des Reiches als Vertreter des preussischen Kabinetts Innenminister Grafenfort, Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff und Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teil.

Ein neuer Flugversuch London—Australien.

• London. (Telephon.) Der englische Flieger Lindbergh, der einen Flug ohne Besatzung nach Australien plant, ist gestern in einem kleinen 30 PS. Flugzeug von Cropton abgeflogen.

Japan und die Abschaffung der Unterseeboote.

• Tokio. (Telephon.) Die Erklärung Kelloggs, daß die amerikanische Regierung bereit sei, mit allen Mächten der Welt einen Vertrag abzuschließen, durch den der Gebrauch von Unterseebooten untersagt werden würde, wird in Tokio mehr als frommer, denn als praktischer Vorschlag betrachtet. Es wird in Abrede gestellt, daß Kellogg vor seinen Erklärungen in Tokio Erfindungen eingesehen habe und hinzugefügt, daß sich die Ansicht Japans über die Abschaffung der Unterseeboote seit der Washingtoner Konferenz nicht geändert habe. Japan habe den Vorschlag grundsätzlich angenommen, aber unter der Bedingung, daß alle Mächte ihn annehmen.

Hilfe für die sächsische Landwirtschaft.

• Berlin. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer hat, wie das Nachrichtenbüro des VDR. hört, am Montag eine Unterredung mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele, dem er im Auftrage der sächsischen Regierung die Lage der sächsischen Landwirtschaft schilderte. Dr. Gradnauer hat dem Reichsernährungsminister bei dieser Gelegenheit die Beschwerden und Wünsche der sächsischen Landwirtschaft zur Kenntnis gebracht; insbesondere hat der Gesandte diejenigen Momente hervorgehoben, die besonders fühlbare Beschwerden für die sächsische Landwirtschaft bedeuten, u. a. auch die Landarbeiterfrage. Außerdem hat der Gesandte ein ausführliches Schreiben überreicht, in dem diese Fragen gleichfalls behandelt werden. Der Reichsernährungsminister erklärte, er verstehe es durchaus, daß auch die sächsische Regierung im Interesse der Landwirtschaft an ihm herantrete. Er erkenne auch an, daß die Probleme, die hier in Frage ständen, nicht von dem einzelnen Lande gelöst werden könnten, sondern vom Reich in Anbetracht genommen werden müßten. Die große Frage, wie die Landwirtschaft wieder zu größerer Rentabilität gebracht werden könne, lasse sich natürlich nicht in Kürze bewältigen. Gegenwärtig handle es sich darum, daß zunächst die besonders akuten Notstände bekämpft

werden müßten, so die Mischkäufe auf dem Vieh- und Fleischmarkt und die Ueberfütterungsgefahr, von der zahlreich Betriebe bedroht seien, obwohl sie durchaus rationell zu arbeiten in der Lage seien. Auf die weitere Frage des Gesandten, welches der gegenwärtige Stand dieser allgemeinen Zuzuerhaltung sei, teilte Reichsernährungsminister Schiele mit: „Wir haben die Hoffnung, daß sich diese Fragen im Laufe dieser oder spätestens der nächsten Woche soweit klären werden, daß sie im Reichskabinet zum Abschluß kommen und den eingehenden Körperschaften zur Entscheidung zugeleitet werden können.“ Der sächsische Gesandte hat schließlich nochmals betont, die sächsische Regierung lege den größten Wert darauf, daß Sachsen nicht etwa lediglich als Industriestaat angesehen sei, sondern daß seine Landwirtschaft, obwohl sie zahlenmäßig hinter der anderer Staaten zurückstehe, doch bei ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung für das Land selbst, auch für die deutsche Gesamtwirtschaft keinesfalls vernachlässigt werden dürfe. Dr. Gradnauer hat darum gebeten, daß das Reichsernährungsministerium bei allen Maßnahmen, die demnach getroffen werden, der Notlage der sächsischen Landwirtschaft stets volle Aufmerksamkeit zuwendet.

Gründung des Deutschen Studenten-Verbandes.

• Berlin. Die Zusammenschluß-Verhandlungen der Berliner freileblichen Studentenschaften sind am Sonntag zum Abschluß gekommen. Sie endeten mit der Gründung des „Deutschen Studenten-Verbandes“, der ersten studentischen Gruppenorganisation, die an der Berliner Universität nach Auflösung der Deutschen Studentenschaft ins Leben getreten ist. Der preussische Kultusminister hebt, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungverleger hört, dieser neuen Vereinigung wohlwollend gegenüber, weil sie ihrer Zusammenfassung nach die Gewähr dafür biete, daß sie tatsächlich den großdeutschen Gedanken vertritt. Dem neuen Studentenverband gehören allein in Berlin etwa 2000 Studenten an, die sich zusammenfassen aus den freileblichen Studentenschaften der Technischen Hochschule und der Universität sowie aus den sozialistischen Hochschul-Ausschüssen der Handelshochschule und der Universität. Im einzelnen sind vertreten die rein wissenschaftlichen Gruppen, die paritätischen Gruppen und an politisch orientierten Studentenvereine die Liberalen, die dem Zentrum nahestehenden, ferner die demokratischen und sozialdemokratischen Studenten. In den Vorstand wurden vorschlagsgemäß gewählt Ollendorf, Müllerburg und Verlowitz. Der Verband ist gedacht als Konkurrenzunternehmen gegen die angetretene neue rechtsorientierte Studentenvereinigung, die am nächsten Sonntag konstituiert werden soll. Naturgemäß kann auch der Deutsche Studentenverband nicht als Nichtsnachfolger der aufgelösten Deutschen Studentenschaft angesehen werden. Inzwischen streiten, wie das Nachrichtenbüro weiter hört, die Maßnahmen zur Auflösung der bisherigen Deutschen Studentenschaft fort. Das Kultusministerium hat sich dem Standpunkt des Berliner Universitätsrat, Landesgerichtsdirektor Dr. Marcant, angeschlossen, daß nämlich die „Studentenschaft“ als solche kein Eigenvermögen besitze, sondern daß ihre Gelder, als die einer Unterorganisation der Universität selbst, zum Hochschulvermögen gehörten. Das bedeutet infolgedessen eine Erleichterung für die Studentenschaft, als deren sie und da etwa fehlende Vermögens nun aus dem größeren Bereich des Hochschulvermögens abgedeckt werden können.

Die Freigabebill.

• Washington. Der Finanzausschuß des Senats hat gestern die Beratungen über die Freigabebill vorläufig abgeschlossen. Er beauftragte den Vorsitzenden mit der Ausarbeitung eines Berichtes, der am Donnerstag fertiggestellt sein dürfte. Ungeändert blieben die Bestimmungen der Vorlage über die Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums sowie die Begrenzung der Entschädigung für deutsche Schiffe, Patente und Zuntanlagen auf 100 Millionen Dollars. Die Begleichung der Ansprüche der amerikanischen Regierung in Höhe von etwa 60 Millionen Dollars wurde bis zur vollen Befriedigung der deutschen und der amerikanischen Privatgläubiger zurückgestellt. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß im Jahre 1917 souverän gewesene deutsche Fürsten und deren Frauen und Kinder, die an deutschen Schiffsverkehrsgeellschaften beteiligt waren, von einer Entschädigung ausgeschlossen werden sollen. Aufgenommen wurde ferner die Anregung des Senats, mit der deutschen Regierung über eine nachträgliche Zulassung veripäret — also nach April 1923 — angemeldeter Ansprüche zu verhandeln. Als neuer Schlußtermin wurde der 1. Juli 1928 vorgeschlagen.

Oberst v. Bonin im Schred-Prozess.

• Berlin. Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die Anklage des Obersten v. Bonin im Schred-Prozess in der verklärten Wiedergabe in den Zeitungen irreführend. In der Abteilung des Obersten sind Aktenblätter nicht verloren gegangen. Der Oberst ist nur gefragt worden, ob er unter seinem Eid ausfragen könnte, daß es unmöglich wäre, daß der Angeklagte Einblick in amtliche Schriftstücke des Reichswehrministeriums bekommen hätte. Daraus hat der Oberst wahrheitsgemäß ausgesagt, er halte das nicht für unmöglich, weil seit Gründung des Reichswehrministeriums Papiere vernichtet worden sind. Es sind dann im Reichswehrministerium Schutzmaßnahmen eingeführt worden, und seitdem sind Schriftstücke nicht mehr abhanden gekommen.

Vortragsabend des Rundfunkkommissars.

• Berlin. Der Rundfunkkommissar, Staatssekretär a. D. Dr. Wredow, und die Reichsrundfunkgesellschaft veranstalteten gestern im ehemaligen Herrenhaus einen Vortragsabend, zu dem annähernd 500 hervorragende Vertreter des öffentlichen Lebens erschienen waren, darunter der Präsident des preussischen Landtags, Bartels, der thüringische Ministerpräsident Dr. Leubuscher, der mecklenburgische Staatsminister Dr. Moeller, Oberbürgermeister Dr. Koch, die Gesandten von Bayern, Baden, Württemberg, Braunschweig und Hamburg, der frühere Leiter der Reichspost, Grafen von Kraetz, Vertreter fast aller Reichs- und Landesparlamente, die Leiter der auswärtigen Rundfunkgesellschaften, auch derjenigen aus Dänzig und Oesterreich, ferner zahlreiche Vertreter von Handel, Industrie und Veresse. Der Abend wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Rundfunkkommissars, aus dem u. a. hervorging, daß die Zahl der Rundfunkauslässe in Deutschland vom 1. Januar 1924 bis zum 1. Januar 1928 von 1500 auf mehr als zwei Millionen gestiegen ist. Darauf sprachen als Vertreter des Reichspostministers Staatssekretär Dr. Feyerabend, der dem Staatssekretär a. D. Dr. Wredow als eigentlichen Schöpfer des deutschen Rundfunks Dank und Anerkennung der deutschen Reichspostverwaltung aussprach, und Kultusminister Dr. Becker, der Dr. Wredow als ersten in dieser Weise Ausgezeichneten die Silberne Staatsmedaille überreichte. Hieran schloß sich ein Bierabend in den Gesellschaftsräumen des preussischen Landtags.

Schwindelnachricht über Portugal.

• Berlin. Nach einer Blättermeldung aus Paris stellt sich jetzt heraus, daß die von den Pariser Morgenblättern in Sonderausgaben gebrachte Meldung über den Ausbruch der Revolution in Portugal das Werk eines alten Schachvogels ist. Die portugiesische Gesandtschaft demontiert die Nachricht auf das Entschiedenste. Die Radiogebühr, die die Nachricht weiter verbreitet hatte, gibt folgende Auskunft: Am Nachmittag wurde der diensthabende Redakteur von einem Unbekannten angerufen, der sich als Postkassier der portugiesischen Gesandtschaft vorstellte und der die Mitteilung von dem Ausbruch der Revolution machte mit der Bitte, die Nachricht unverzüglich an die Pariser Presse und die Vroving weiterzugeben. Das geschah dann auch. Inzwischen hatte der Unbekannte auch seinerseits einige Pariser Blätter telefonisch angerufen, so daß die Mitteilung von dem neuen Sturz in Portugal in Paris gleich die größte Verbreitung fand. Die Polizei tadelt nach dem Uebelthäter, der mit seiner Disziplinierung ungeheure Verwirrung angerichtet hat.

Die Meldung lautet:

• Paris. Eine Agenturmeldung verzeichnet das Gerücht, daß der Präsident von Portugal, General Carmona, der zugleich Ministerpräsident ist, gestern vormittag in Lissabon auf offener Straße ermordet worden sei. Sofort darauf soll eine Revolution in der Stadt ausgebrochen sein. Eine Bestätigung des Gerüchts konnte bisher nicht erlangt werden.

Dementi der Alarmnachrichten über die politische Lage in Griechenland.

• Athen. Die Agence d'Athènes teilt mit: Die im Ausland verbreiteten Alarmnachrichten über die politische Lage in Athen sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Die Versammlungen, die in der letzten Woche in Kandia stattfanden, hatten keineswegs den Charakter, der ihnen in diesen Meldungen beigelegt wird. Die für gestern angekündigten Versammlungen fanden nicht statt. Die Ueberführung von Bangalos nach Athen steht keineswegs im Zusammenhang mit diesen Kundgebungen, sondern wurde wegen seines demnächst beginnenden Prozesses für notwendig gehalten. Auch die Nachrichten aus gleicher Quelle über angebliche Gelüste militärischer Kreise, sich in die Politik zu mischen, entbehren der Grundlage. Die ganze Armee und sämtliche Offiziere halten sich von der Politik unbedingt fern. Die in Betracht kommenden Kreise dementieren die Absichten, die ihnen zugeschrieben werden.

Sachsens neuer Gesandter bei den süddeutschen Regierungen.

• Dresden. Die sächsische Regierung hat dem bisherigen Legationsrat erster Klasse im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Dr. Erich Gottschalk zum sächsischen Gesandten bei den süddeutschen Regierungen mit dem Sitz in München ernannt.

Ein Frühstück zu Ehren des Nuntius Pacelli.

• Berlin. Zu Ehren des Apostolischen Nuntius Pacelli fand gestern ein Frühstück in der Villa des Reichsaussenministers Dr. Grafenmann statt, an dem u. a. teilnahmen der belgische Gesandte nebst Gattin, der ungarische Gesandte, der tschechoslowakische Gesandte nebst Gattin, Staatssekretär Dr. v. Kühlmann, Staatssekretär Dr. Weizner, Generalleutnant von Bameß, Gesandter Boden, Prälat Dr. Steinmann, Prof. Dr. Fiedl, Herr von Wapen, Bantdirektor Karl Fürstberg und Herr G. Rügler.

Die neue Regierung in Hessen.

• Darmstadt. Die Bildung der neuen Regierung in Hessen ist heute vollzogen worden. Es wurde folgende Verteilung der Ministerposten beschlossen: Staatspräsident und Kultusministerium: Adelung (Soz.); Inneres: Weizner (Soz.); Finanzen: Rönberger (Str.); Arbeit und Wirtschaft: Kozell (Dem.); Das Justizministerium wird wie bisher durch den Ministerialdirektor Dr. Schwarz versehen werden. Das neue Kabinet wird sich dem Landtag in einer Sonder-sitzung am 14. Februar vorstellen.

Die deutsch-russischen Besprechungen.

• Berlin. Die Presse hat zu den deutsch-russischen Regierungsbesprechungen gestern Ausführungen gemacht. Es handelt sich bei diesen Besprechungen nicht um Handelsverhandlungen. Der Handelsvertrag mit der Sowjetunion läuft automatisch weiter. Der Zweck der zwischen den beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen ist vielmehr, eine Ungleichheit, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet ergeben hat, im Rahmen der bestehenden Verträge zu beseitigen.